LEITARTIKEL
Von **Theresa Martus**
zum Klimaschutz

„Wenn sich alle Aufmerksamkeit auf die akute Bedrohung konzentriert, gerät die latente Bedrohung aus dem Blick.“

Nicht trödeln!

Die Papiertüten sind verschwunden. Gerade erst hatten sie sich durchgesetzt in vielen Obst- und Gemüseabteilungen im Supermarkt, wo vorher silbrig-weiße Plastiktütchen bereitstanden. Und jetzt ist das Plastik wieder da, wegen Corona.

Nicht nur beim Einkaufen sticht die Angst vor Infektion das Bemühen, nachhaltig zu handeln. Wer lieber zu Hause bleibt, aber nicht auf Essen aus dem Lieblingsrestaurant verzichten möchte, bei dem stapeln sich die Einwegbehälter, wer zur Risikogruppe gehört, bestellt lieber online, als in die wieder geöffneten Geschäfte zu gehen. Die Deutsche Bahn kann sich wegen weniger Fahrgästen zwar mit Pünktlichkeitsrekorden schmücken, kommt aber leider nicht in die schwarzen Zahlen, weil die Leute nun im Zweifel das Auto nehmen. Am Ende entscheidet das Infektionsrisiko. Wie das Kaninchen auf die Schlange schaut die Gesellschaft auf Corona: War es das jetzt? Kommt da noch was? Ist da nicht eben die Kurve der Neuinfektionen kurz nach oben gezuckt?

Die Wachsamkeit ist richtig, die individuelle Vorsicht auch. Doch wenn sich alle Aufmerksamkeit auf die akute Bedrohung konzentriert, gerät die latente Bedrohung aus dem Blick. Die Klimakatastrophe lässt sich aber nicht pausieren. Wenn jetzt also sehr, sehr viel Geld in die Hand genommen wird, um die europäische Wirtschaft wiederzubeleben, dann darf das Ergebnis nicht einfach eine Rückkehr zum Zustand prä Corona sein.

Das Virus hat gezeigt, dass effektive Krisenbekämpfung beides braucht: Viele Menschen, die individuelle Entscheidungen treffen, und entschlossenes politisches Handeln. Und das alles auf der Basis von Wissenschaft. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass dieses Zusammenspiel nicht auch beim Kampf gegen die Klimakatastrophe funktionieren kann – vorausgesetzt, man versucht es.

KOMMENTAR Von **Andreas Berger**
zur Hagia Sophia

„Die Hagia Sophia gemeinsam liturgisch zu nutzen, ließe göttliches Walten in Vielfalt erkennen.“

Es lebe die Weisheit

Sie ist geweiht der göttlichen Weisheit, aber auch ein Monument der politischen Machtentfaltung: Kaiser Justinian manifestierte mit dem Bau der Hagia Sophia im Jahr 537 seine Stellung als Herrscher eines wiedererstarkten Römischen Reiches. Der in Konstantinopel, also Ostrom regierende Kaiser war im Begriff, das germanisch-vandalisch besetzte Westrom wiederzuerobern. Die Hagia Sophia war die byzantinische Staatskirche, Kaiser Justinian auf dem Thron unter der Kuppel Teil der Liturgie.

Es passt zum autokratischen Wesen des türkischen Präsidenten Erdogan, dass er die Hagia Sophia nun im Handstreich zur Moschee machen will. Das Gericht bestätigt mal wieder, was Erdogan im Wahlkampf forderte. Bald wird er an Justinians Statt in der staatlich verordneten Moschee Hof halten. Einmal mehr in der Geschichte dieses Architekturwunders mit der schwebenden Kuppel macht er die Hagia Sophia damit zum politischen Spielball der Religionen. Sie war erst orthodoxe und phasenweise katholische Kirche, später islamische Moschee. Der Weisheit am nächsten kam Kemal Attatürk, als er das Streitobjekt 1935 zum Museum machte und die kunsthistorischen Zeugnisse aller dort manifestierten Religionen pflegen ließ.

Zur ästhetischen Ironie gehört, dass die Hagia Sophia in ihrer Geschichte Vorbild für den Kirchenwie für den Moscheenbau wurde. Sie gemeinsam liturgisch zu nutzen, ließe göttliches Walten in Vielfalt erkennen. Davon ist man nun weiter entfernt denn je.

Zu Recht fühlen sich die griechischen und russischen Orthodoxen verletzt, fürchten Zerstörungen. Erdogan treibt die Türkei wieder einen Schritt weiter zum islamischen Staat. Sollte er die Hagia Sophia nicht allgemeinzugänglich halten, müssten Russland und die EU vereint zu Sanktionen greifen. Die Zeiten religiösen Beutemachens sind vorbei.

PRESSESTIMMEN

Mit der Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee hat Erdogan gezeigt, dass er keine andere Möglichkeit mehr sieht, als islamistische und nationalistische Kreise zu bedienen. Noch vor einem Jahr hatte er solche Forderungen aus dem religiösen Lager zurückgewiesen. Jetzt muss er diese vermeintliche Trumpfkarte spielen, weil er sonst kaum noch etwas in der Hand hat. In den Umfragen verliert er an Boden.
„Nordbayerischer Kurier“ (Bayreuth) zu Hagia Sophia/Erdogan

Tatkräftig, ein echter Macher, gewitzt, scharfsinnig und auch ein wenig bauernschlau, spielt Söder auf der Klaviatur des Krisenmanagements. (...) Sogar gestandene CDU-Prominenz hält einen Kanzler(kandidaten) Söder für möglich. Da nutzt es nichts, wenn der CSU-Chef gebetsmühlenartig sein Mantra „Ich bleibe in Bayern“ murmelt. Wenn sie ihn fragen, wird er sich zwar zieren, aber zulangen.
„Frankenpost“ (Hof) zu Söder/Kanzlerkandidatur

ZITAT DES TAGES

„Ich war nie auf Teufel komm raus für den Bruch der Koalition.“

Norbert Walter-Borjans,
SPD-Vorsitzender

Mallorca 2020.

KARIKATUR: MARIO LARS

KOMMENTAR
Von **Armin Maus** über unseren Umgang mit der Polizei

„Machen wir uns nichts vor: Es ist kein Vergnügen, Tag und Nacht stets dort sein zu müssen, wo das Zusammenleben schiefgeht. “

Was die Polizei wert ist

Was die Polizei wert ist, merkt man, wenn sie fehlt. Wenn eine durchgeknallte Gruppe sogenannter Fußballfans beschauliche Stadtviertel aufmischt, fragt niemand mehr, ob wir eine starke Polizei brauchen. Und wehe, wenn die Beamten dann nicht schnell genug zur Stelle sind.

Vielleicht sind gerade die Ereignisse der letzten Tage Augenöffner für manche, die Ordnungshüter für einen Problemfall halten. In den vergangenen Wochen häuften sich solche Äußerungen. Das reicht von der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken, die bei der Polizei latenten Rassismus entdeckt habe wollte, bis zur der spätpubertären Verirrung einer jungen taz-Kolumnistin, die die Beamten mit Müll verglich. Mancher verwechselt die deutsche Polizei offensichtlich mit den US-Cops, die er aus dem Kino kennt.

Was das mit den Beamtinnen und Beamten macht, lässt sich vorstellen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Dietmar Schilff, nimmt tiefe Verunsicherung wahr. Seine Kollegen sind neuerdings mit Menschen konfrontiert, die Polizisten ohne erkennbaren Anlass als Nazischweine beschimpfen, die in einer makabren Nachinszenierung des Todes von George Floyd „Ich kann nicht atmen“ rufen, so als wäre Braunschweig Minneapolis. Und jetzt noch die Diskussion, ob die Polizei wissenschaftlich auf rassistische Tendenzen durchleuchtet werden müsse.

Was die Polizei wert ist, merkt man, wenn sie fehlt. Machen wir uns nichts vor: Es ist kein Vergnügen, Tag und Nacht stets dort sein zu müssen, wo das Zusammenleben schiefgeht. Polizistinnen und Polizisten können berichten, wie das ist, wenn man zu einem Ehestreit gerufen wird und sich plötzlich einem Fleischermesser gegenübersieht. Oder wie man sich fühlt, wenn man eine Unfallstelle absichert, an der gerade Menschen gestorben sind. Oder wie lange einen die Bilder begleiten, die Ermittler in Fällen von Kinderpornografie sichten müssen, stunden-, tage-, wochenlang. Oder was es heißt, wenn Mitglieder krimineller Clans Polizisten erklären, dass sie wissen, wo der Beamte wohnt.

Die Sicherheit der Sicherheitskräfte ist unter Druck geraten. Nach dem Lagebild des Bundeskriminalamtes gab es 2019 fast 37000 Fälle von Widerstand oder tätlichem Angriff. Das waren 2.791 mehr als im Jahr zuvor. Dass die Beamtinnen und Beamten den Rückhalt der Gesellschaft brauchen, ist vor dem Hintergrund solcher Zahlen klar; die Verschärfung der Strafen war deshalb ein wichtiges Signal.

„Die Beamtinnen und Beamten haben eine sehr sensible Wahrnehmung, wer sie unterstützt und wer nicht“, sagte ein hochrangiger Polizeibeamter dieser Tage im kleinen Kreis. Diese Unterstützung darf keine Kadaversolidarität sein. Aus gutem Grund ist die Arbeit der Polizei gesetzlich und verfassungsrechtlich klar geregelt, fortlaufend wird sie intern, von Ministerien, Parlamenten und Gerichten überwacht. Die Drohungen gegen die Linken-Politikerin Janine Wissler sind ein deutlicher Hinweis, dass die Intensität dieser Kontrollen gesteigert werden muss. Die Schmiererei war offenbar mit Hilfe einer Recherche in den Datenbanken der Polizei zustande gekommen.

Zugleich sollte aber niemand von einzelnen Problemfällen auf die gesamte Polizei schließen. Das System der Überwachung funktioniert. Die niedersächsische Polizei wendet darüber hinaus viel Kraft für die Steigerung der, wie es heißt, „demokratischen Resilienz“ auf. Gemeint ist die Immunisierung gegen Vorurteile und Klischees.

Schön und gut, werden Sie sagen. Aber wäre es nicht gut, wenn wir wissenschaftlich erforschen würden, wo unsere Polizei steht?

In den vergangenen Tagen fiel auf, dass zwei grundverschiedene Themen durcheinandergeworfen werden. Da geht es einmal um die Frage, ob die Polizei von Menschen mit rechtsextremen Einstellungen durchsetzt sei. Diese Frage könnte sozialwissenschaftlich untersucht werden. Aber ob der Ertrag überzeugend wäre? Wäre das Geld nicht besser investiert in die Personalentwicklung der Polizei – und in eine Anwerbekampagne, die sich dezidiert an Menschen mit Migrationshintergrund richtet? Es ist offensichtlich, dass die Polizei ein Spiegel der Gesellschaft sein sollte.

Die andere Frage beschäftigt sich mit dem Racial Profiling. Danach würde ein Hellhäutiger im Anzug weniger Kontakt mit der

Ein Demonstrant wird gewalttätig.

ARCHIVFOTO: DPA

Streife bekommen als der Dunkelhäutige in Hoodie und Turnschuhen. Aber was kann eine Studie verändern, was nicht auch klare Führung schafft?

Bundesinnenminister Horst Seehofer will die Untersuchung nicht. Er vertritt eine Null-Toleranz-Politik, die Bekämpfung erscheint ihm offenbar sinnvoller als die Erforschung eines Problems. Das muss man nicht so sehen – aber in jedem Fall wäre es für Bürger und Polizisten ausgesprochen hilfreich, wenn sich Seehofer und seine Kabinettskollegin Lambrecht in der Sache einigen würden, anstatt die Haltung des anderen in Kurzinterviews zu kommentieren.

Das nämlich steigert nur die Verunsicherung von Menschen, für deren Arbeit wir alle dankbar sein sollten. Die Polizistinnen und Polizisten brauchen den klaren Rückhalt. Denn sie gehen dahin, wo es weh tut. An diesem Rückhalt sind Zweifel entstanden. Und das ist riskant. Wenn wir nicht aufpassen, bekommen wir eine Polizei, die tausendprozentig politisch korrekt ist, sich aber mit dem notwendigen Eingreifen immer schwerer tut.

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lässt unterdessen keinen Zweifel: Ende Juni erklärten 86 Prozent der Befragten des ZDF-Politbarometers, dass sie großes Vertrauen in die Polizei haben. Keine ganz schlechte Basis für einen kritischen, aber wertschätzenden Umgang. Wir sollten den jungen Menschen, die Polizistinnen und Polizisten werden möchten, und vor allem auch denen, die es schon sind, zeigen: „Wir wissen, was wir an Euch haben.“

Und zwar in unserem ureigenen Interesse. Was die Polizei wert ist, merkt man, wenn sie fehlt.

Dieser Text ist als Wochenkommentar auf NDR Info im Internet nachzuhören.

NDR Info

Boris Johnson auf verlorenem Posten

Der Premier wirkt in der Krise überfordert

Von Peter Stäuber

London. Neulich, während eines Interviews mit einem Journalisten, warf sich Boris Johnson auf den Boden und machte ein paar Liegestütze. Er wollte damit offenbar nach seiner im April überstandenen Covid-19-Erkrankung seine körperliche Fitness unter Beweis stellen. Und zugleich wohl daran erinnern, dass er noch immer für allerhand Späße zu haben ist.

Auf viele Briten wirkte die Einlage jedoch erbärmlich. Sie sahen einen Premierminister, der verzweifelt versucht, Stärke zu demonstrieren, während er in Wirklichkeit zunehmend die Kontrolle verliert: Von der Corona-Krise völlig überfordert, leistet er sich einen Fehltritt nach dem anderen. Die Folge: Johnsons Umfragewerte sind spürbar gesunken. Waren Mitte April noch 66 Prozent der Bürger zufrieden mit ihrem Premier, sind es nun nur noch 44 Prozent. Eine deutliche Mehrheit findet, die Corona-Einschränkungen hätten früher kommen müssen.

Laut der Johns-Hopkins-Universität zählt Großbritannien bislang mehr als 290.000 bestätigte Corona-Fälle – mehr als jedes andere Land Europas. Knapp 45.000 Menschen sind an Covid-19 gestorben – auch das ein Rekord in Europa.

Der britische Premier Boris Johnson verliert an Rückhalt. FOTO: GETTY

Von Beginn an zeichnete sich Johnsons Krisenbewältigung durch Schlendrian und Inkompetenz aus. Lange Zeit tat Johnson so, als sei die Krankheit halb so schlimm, zum strikten Lockdown entschied er sich erst spät und nur auf erheblichen Druck. Als das Land mitten in der Krise steckte, verlief die Beschaffung von Schutzausrüstung und Corona-Tests schleppend. Als Londons Bürgermeisters Sadiq Khan Mitte April forderte, Gesichtsmasken im öffentlichen Verkehr zur Pflicht zu machen, lehnte die Regierung ab – nur um zwei Monate später genau diese Regelung einzuführen. Und auf eine funktionierende App zur Kontaktverfolgung warten die Briten noch immer.

Zum Umfragesinkflug hat auch der Wirbel rund um Johnsons Chefberater Dominic Cummings beigetragen. Dieser war kurz nach Beginn des Lockdowns von London ins nördliche Durham gereist, um seine Familie zu besuchen – obwohl er Corona-Symptome hatte. Das war ein eindeutiger Verstoß gegen die Regeln, die die Regierung selbst eingeführt hatte.

Klar ist, dass es irgendwann eine öffentliche Untersuchung geben wird, um die Krisenbewältigung der Regierung unter die Lupe zu nehmen. Angesichts dessen hat sich Johnson schon mal darangemacht, von seiner Verantwortung abzulenken. Vergangenen Montag sagte er, die vielen Todesfälle in Pflegeheimen seien der Tatsache geschuldet, dass deren Betreiber nicht immer das richtige Prozedere befolgt hätten. Ob diese Manöver funktionieren werden, ist zu bezweifeln.